



Schweizer Studenten organisierten den ESNtrain, der in 25 Tagen 18 Länder in Europa durchquert.

## Ein Party-Zug zum Erasmus-Jubiläum



Der Blick in ein Sechserabteil.

**ZÜRICH.** Zum ersten Mal durchquert ein Zug innerhalb von 25 Tagen 18 europäische Länder. Organisiert wird diese Premiere von Schweizer Studenten.

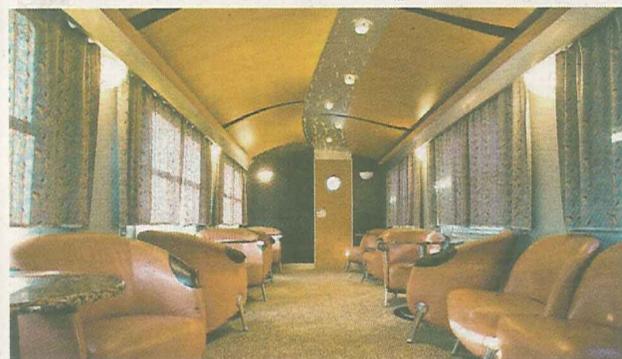
Zum 20. Geburtstag des Studentennetzwerks Erasmus (ESN), das den Austausch von Studenten fördert, hat sich die Schweizer Sektion etwas Einmaliges ausgedacht: Unter dem Motto «Connecting Europe» hat sie einen halben Kilometer langen Zug organisiert, den ESNtrain, der während fast vier Wochen einen grossen Teil Europas durchquert. Das Konzept:

«Für 30 Euro pro Nacht jeden Tag in einer anderen Grossstadt aufwachen», erklärt ESNtrain-Präsident Bernhard Jäggle. Am 28. März rollt der Party-Tempel auf Schienen in Bratislava los. In der Schweiz hält er in Zürich, Winterthur, Lausanne und Kandersteg.

Zweck der Zugreise ist es, junge Europäer einander näher zu bringen. In drei Extrawagons soll auch kräftig gefeiert werden. Dort finden jeden Abend Konzerte und Jam-Sessions statt. Auch für Flüssiges ist gesorgt: «An fünf Bars werden diverse lokale Drinks ausgeschenkt. So können die Leute Europa auch via Getränke kennenlernen», so Jäggle. Frühaufsteher müssen trotzdem keine Angst vor schlaflosen Nächten haben. Für sie wurden spezielle Schlafwagons eingeplant.

Am Anfang des Projekts stand eine enorme logistische Herausforderung. Jäggle: «Jeder der 16 Wagons kommt aus einem anderen Land, die Bahnen zeigten sich zuerst überhaupt nicht kooperativ.» Mit viel Hartnäckigkeit habe es dann doch noch geklappt.

Deborah Rast  
www.esntrain.org



Der Aufenthaltsraum des ESNtrains lädt zum Verweilen ein.

## Kanton Jura will Plastiksäcke komplett verbieten

**DELSBERG.** Das jurassische Kantonsparlament will Plastiksäcke verbieten. Es hat gestern mit 39 zu 10 Stimmen einen entsprechenden Vorstoss der SP gutgeheissen.

Die Regierung des Kantons hat nun zwei Jahre Zeit, dieses Verbot in die Praxis umzusetzen. Der Jura wäre damit der erste Kanton, der Plastiksäcke komplett ver-

bietet. Noch im vergangenen November hatte sich der Bundesrat gegen ein nationales Verbot von nicht wiederverwendbaren Plastiksäcken ausgesprochen.

## Gemeinsames Sorgerecht

**BERN.** Geschiedene oder nicht verheiratete Eltern sollen in Zukunft das Sorgerecht für ihre Kinder gemeinsam ausüben. Der Bundesrat schickte gestern eine entsprechende Revision des Zivilgesetzbuches in die Vernehmlassung. Nach aktuellem Recht bekommt in der

Regel bei verheirateten Paaren nur ein Elternteil das Sorgerecht, zumeist die Mutter. Bei unverheirateten Eltern geht das Sorgerecht gar automatisch an die Mutter. Ebenfalls soll künftig der Elternteil, der dem anderen das Besuchsrecht verwehrt, bestraft werden.

## Elisabeth Kopps Ehemann gestorben

**ZÜRICH.** Hans W. Kopp, der Ehemann der ersten Bundesrätin Elisabeth Kopp, ist am Wochenende 77-jährig gestorben. Die Beisetzung fand gestern Nachmittag auf dem Friedhof in Zumikon im engsten Familienkreis statt. Kopp prägte in den 80er-Jahren die Politgeschichte mit. Der Anwalt ging in die Annalen ein als der Bundesratsgatte, über den seine Ehefrau stolperte. Hintergrund war das Telefongespräch, in dem die damalige Justizministerin ihm sagte, dass wegen Verdachts auf Drogengeldwäscherei ein Strafverfahren gegen die Firma Shakarchi Trading AG lief, in der Kopp im Verwaltungsrat

sass. Die Affäre gipfelte im Rücktritt der ersten Bundesrätin, die später vom Vorwurf der Amtsgeheimnisverletzung freigesprochen wurde.



Hans W. Kopp im Jahr 1982. Key



Die Familie von Hans W. Kopp gestern bei der Beisetzung.

## Damiano: Rekurs gegen Urteil

**LOCARNO.** Die Verteidigerin des 23-jährigen Haupttäters von Locarno kündigte gestern einen Rekurs an. Die anderen Verteidiger sagten auf Anfrage, dass sie die schriftliche Urteilsbegründung abwarten wollten, um danach über einen allfälligen Weiterzug zu entscheiden. Zwei junge Gewalttäter haben wegen vorsätzlicher Tötung des Tessiner Studenten Damiano an der Fasnacht 2008 Freiheitsstrafen von je zehn Jahren erhalten.

## Nein zum grossen Lauschangriff

**BERN.** Die Rechtskommission des Ständerats will das Gesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit zurückweisen. Dieses will zur Terrorismusbekämpfung den Einsatz von Wanzen und die Überwachung von Post, Telefon, E-Mail und Computer bei verdächtigen Personen erlauben. Der Nationalrat hatte bereits vergangenen Dezember knapp, mit 97 zu 92 Stimmen, das Nichteintreten auf die Gesetzesvorlage beschlossen.